

Zur vergleichenden Analyse des Einflusses
gesellschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten:
Forschungsfragen, Analysestrategien und einige Ergebnisse

Hermann Schmitt
MZES, Universität
D-68131 Mannheim

hermann.schmitt@mzes.uni-mannheim.de

Papier vorbereitet für die Tagung „Politik heute: das Ende der politisierten Soziastruktur?“ des Arbeitskreises *Wahlen und politische Einstellungen* der Sektion *Politische Soziologie* der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, Mannheim, 18.-19. Mai 2000.

Version vom 15. Mai 2000

1. Hintergrund

Die Sozialstrukturanalyse von Wahlverhalten ist eine Domäne der Soziologen. Diese neigen dazu, politische Phänomene von der Gesellschaft her zu interpretieren. Sie suchen nach Regelmäßigkeiten im politischen Verhalten sozialer Großgruppen, um diese dann als ursächlich sozial zu begreifen. Darin ähneln sie den Ökonomen, die politisches Verhalten aufgrund wirtschaftlicher Interessen zu erklären suchen.

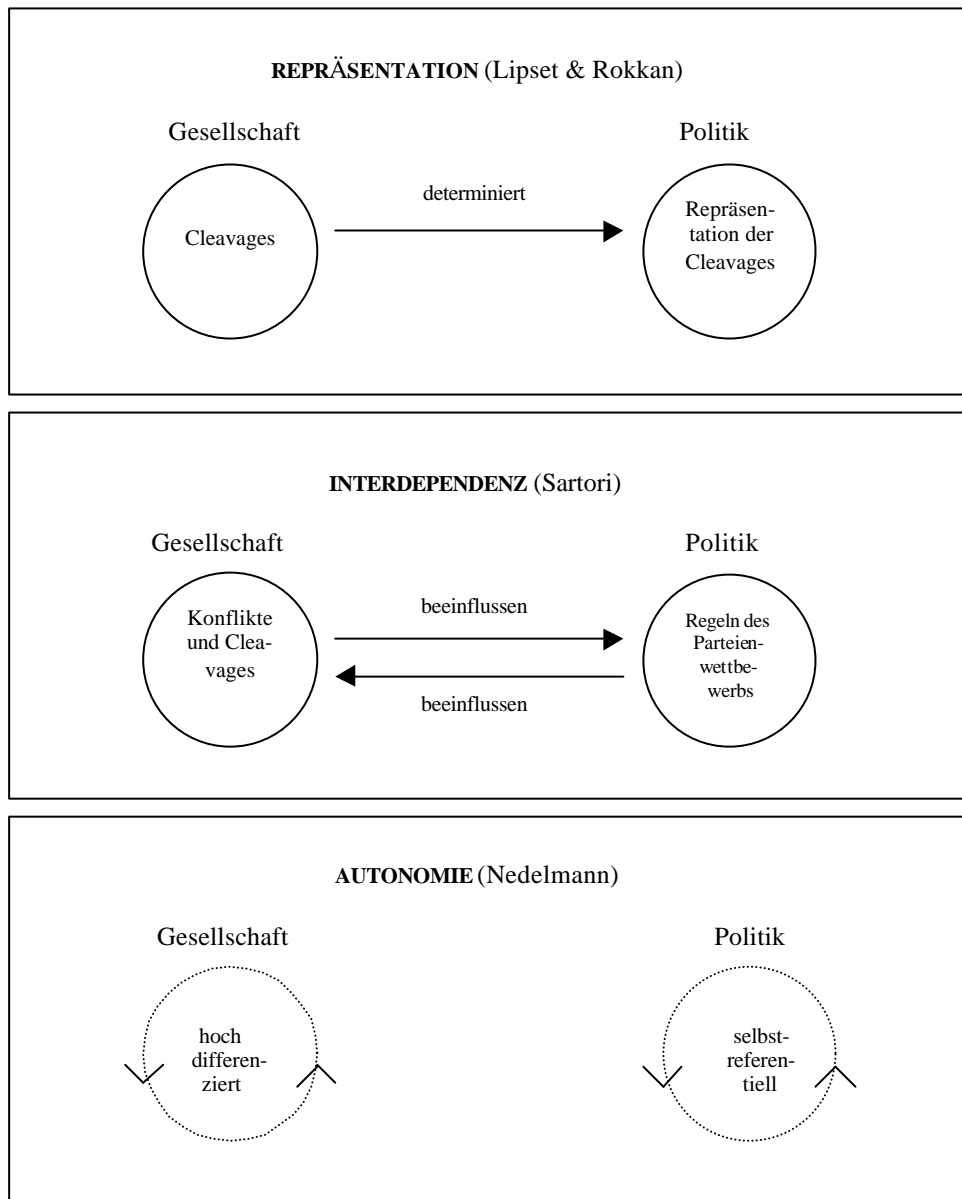
Die heute richtungsweisende Formulierung des Zusammenhangs zwischen sozialen Gegensätzen und ihrer Übersetzung in die Politik stammt von Stein Rokkan und ist in der Einleitung zu Lipset und Rokkan (1967) exemplarisch gefaßt. Danach fanden aktuelle und auch historische soziale Konflikte, die zum Zeitpunkt der Einführung des allgemeinen Wahlrechts eine Reihe von „Representationshürden“ erfolgreich überwinden konnten, ihre politische Repräsentation in nationalen Parlamenten. „Cleavage structures“ – Interessen- und Wertgegensätze in der Gesellschaft – konnten so ihren Niederschlag in „voter alignments“ – im Wahlverhalten der Bürger finden. Als die beiden zentralen Cleavages wurden der Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit und der religiöse Konflikt zwischen Kirche und Staat identifiziert. Diese ursprünglichen Wahlbindungen von sozialen Gruppen scheinen sich dann verfestigt zu haben; die Parteiensysteme Europas erschienen Lipset und Rokkan noch Mitte der 1960er Jahre, als seien sie auf dem Stand nach dem ersten Weltkrieg „eingefroren“.

Aus der Sicht der vergleichenden Politikwissenschaft ist dieser Ansatz eher unpolitisch. Als wichtig bekannte Variablen wie Parteibindungen, die Attraktivität von Kandidaten, das Zutrauen in die Problemlösungskompetenz der Parteien oder deren bisherige Rolle als Regierungs- oder Oppositionspartei kommen gar nicht vor. Giovanni Sartori (1968) kritisiert deshalb dieses Repräsentationsmodell (vgl. Schaubild 1, 1. Abteilung) als Ergebnis einer „Soziologie der Politik“. Erforderlich sei statt dessen eine „politische Soziologie“, die den Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Politik nicht als Einbahnstraße begreift und auch vor politischen Ursachen gesellschaftlicher Gegensätze und politischen Verhaltens nicht den Blick verschließt. In seinem Interdependenz-Modell beeinflusst die Politik gesellschaftliche Gegensätze wie auch umgekehrt die Gesellschaft politische Gegensätze mit verursacht (Schaubild 1, 2. Abteilung).

Moderne Gesellschaften sind jedoch nicht statisch, sondern in permanentem Wandel begriffen. Die alten Konfliktgegnerschaften, die die Grundstruktur der europäischen Parteiensysteme bis heute prägen, haben sich abgeschwächt. Das deutet sich schon in den sich wandelnden Größenverhältnissen der gesellschaftlichen Konfliktparteien an.¹ Die post-industrielle Gesellschaft, von Huntington (1974) prophezeit, ist heute ansatzweise Realität geworden. Der Zusammenhalt sozialer Großgruppen lockert sich, Individualisierungstendenzen weisen „jenseits von Klasse und Stand“ (Beck 1983). Lebensstile

Schaubild 1

Modelle einer sich wandelnden Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik



Quelle: Schmitt (1987a: 11)

(Hradil 1987) sind weniger an Klassenzusammenhänge oder Schichtspezifika gebunden als an Sozialisationsgenerationen (Mannheim 1964) und damit an – in den alten Begriffen der Sozialstruktur-Analyse: heterogene – Wertgemeinschaften (Inglehart 1977). Dies bedeutet nicht, daß die alten Strukturen schon vollends obsolet geworden sind (Wirth 1999), es herrscht vielmehr ein Nebeneinander von unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Strukturmerkmalen.

Auch die politischen Strukturen sind nicht statisch, sondern verändern sich in der Zeit. Besonders prägnant lassen sich diese Veränderungen an den politischen Parteien – den zentralen Vermittungs-

strukturen zwischen Gesellschaft und Politik – erkennen. Neben den bürgerlichen Honoratiorenparteien war die Frühzeit der Massendemokratie in Europa stark von den proletarischen „Massenintegrationsparteien“ geprägt, und zwar von deren demokratischer ebenso wie von deren totalitärer Variante (Neumann 1956). Nach dem Niedergang Nazideutschlands und dem Ende des zweiten Weltkriegs, in einem neuen und durch vielfältige Umbrüche und Aufbrüche gekennzeichneten sozialen Umfeld, waren es dann nach Kirchheimer (1965) die „Volksparteien“ oder „catch all parties“, die die politische Szene prägten. Nicht mehr die Integration von sozial homogenen Mitglieder- (und Wähler-) schaften zum Zwecke ihrer politischen Mobilisierung und Emanzipation stand nun im Vordergrund, sondern der Wettbewerb der Parteien um mehr oder weniger ungebundene Wählerstimmen. Dies erforderte von den Parteien neue Qualitäten – ideologische Beweglichkeit und organisatorische Zentralisierung waren nicht die unwichtigsten unter ihnen. Am Ende des 20. Jahrhunderts wird dann der Typus der Volksparteien in der professionellen Wahrnehmung abgelöst von den Kartellparteien – „cartel parties“ in der Sprache von Katz und Mair (1995) – die mehr mit sich und ihresgleichen, mit dem Erringen und dem Verteilen der Macht und mit der Verwaltung des Staatsapparates zu tun haben als mit einer wie auch immer gearteten sozialen Basis (vgl. aber Kitschelt 2000).

In welchem Maße diese idealtypischen Entwürfe die jeweilige zeitgenössische Realität tatsächlich treffsicher einfangen können, ist empirisch nicht geklärt. Sie identifizieren wohl eher die Richtung von Entwicklungen, als daß sie eine akkurate Realitätsbeschreibung lieferten. Dabei gehören Überzeichnungen und grelle Farben allemal zu einem gelungenen Portrait. Diese Sketche legen jedenfalls nahe, daß die Politik sich fortschreitend von einer sozialen Basis löst, die zunehmend stärker differenziert und komplexer strukturiert erscheint. Nedelmann hat mit Verweis auf Luhmann dieses Autonomie-Modell der Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik bereits in den frühen 1980er Jahren vorgezeichnet (Nedelmann 1982; vgl. Schaubild 1, 3. Abteilung).

Die Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik, zwischen sozialen Konflikten und Parteiensystem ist nach Pappi (1973: 193) keine Konstante, sondern eine Variable. Die graphische Deutung der relevanten Literatur in Schaubild 1 deutet darauf hin, daß diese Beziehung im Zeitverlauf weniger eng geworden ist. Dies wurde zwar durch umfangreiche empirische Studien bestätigt (Dalton, Flanagan und Beck 1984; Franklin, Mackie und Valen 1992). Gerade neuerdings wird jedoch wieder ein Fragezeichen hinter den Titel *The End of Class Politics?* gesetzt (Evans 1999) und auch die detaillierten Ergebnisse der Eurobarometer-Analysen von Knutsen's Beitrag zu dieser Konferenz deuten insgesamt wohl in Richtung Persistenz.

Ich werde im folgenden argumentieren, daß die Frage der Ablösung der Politik von ihrer sozialen Basis in der Gestalt abnehmender sozialstruktureller Effekte auf das Wahlverhalten empirisch in der Tat noch nicht abschließend beantwortet ist. Die vorliegenden empirischen Analysen sind alle mehr oder weniger unzulänglich, da sie entweder

- von einem vereinfachten Analysedesign ausgehen, und/oder
- die abhängige Variable verkürzt oder unvollständig definieren, und/oder
- die zentralen unabhängigen Variablen verkürzt oder unvollständig definieren.

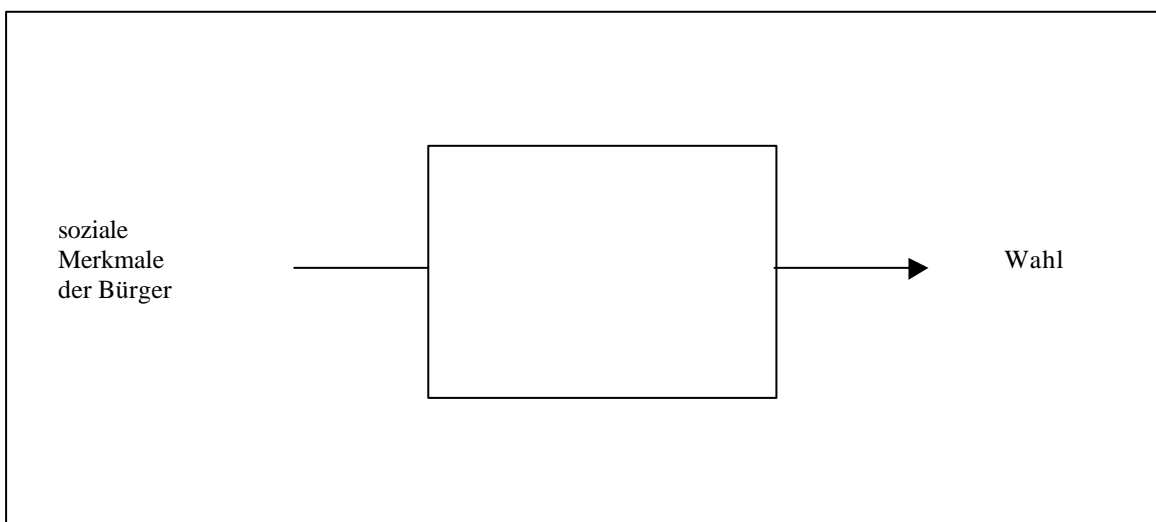
Ich wende mich diesen Punkten nacheinander zu und beginne mit dem Analysedesign.

2. Unzulänglichkeiten des Forschungsstandes

2.1. Die Frage des Analysedesigns

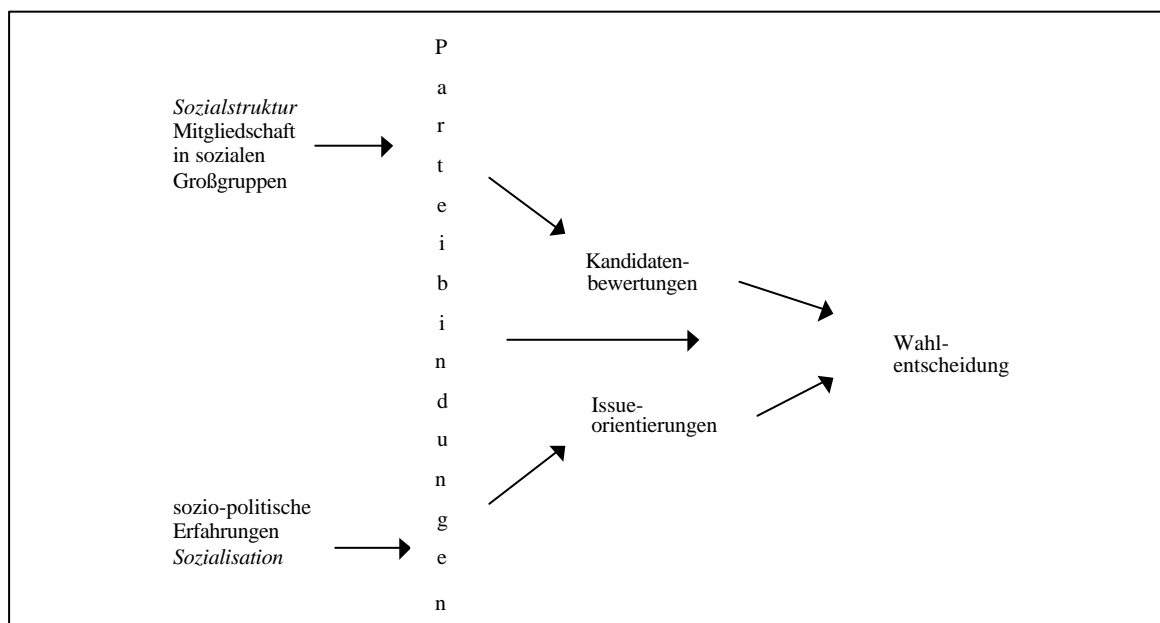
Im soziologischen Analysemodell von Wahlverhalten ist die Wahlentscheidung eine *black box* (Schaubild 2). Neben der Wahl selber werden zumeist nur soziale Merkmale der Stimmbürger in die Analyse aufgenommen. Was für eine Wahlentscheidung sonst noch eine Rolle spielt – also etwa ein gelungener Wahlkampf (wie z.B. der der SPD 1998), ein besonders attraktiver Kandidat für das Amt des Regierungschefs (wie z.B. Tony Blair in Großbritannien 1997), daß die eine oder die andere Partei die „richtigen“ Themen besetzen konnte – all dies bleibt außer Betracht. Dies mag einigermaßen gerechtfertigt erscheinen, solange die Wahlentscheidung für die meisten Wähler feststeht (aber auch dann kommt es auf die Mobilisierung der Parteiwählerschaften an). Wenn aber die Wechselwähler immer zahlreicher werden (Crewe und Denver 1985; Zelle 1995), wenn die Wahlentscheidung immer näher an den Tag der Wahl heranrückt (vgl. die Papiere des ECPR workshops *Do Campaigns Matter?* bei den Joint Sessions of Workshops 2000 in Kopenhagen), und wenn die Wahlbeteiligungsraten zunehmend geringer werden (Kleinhenz 1995), dann darf man diese Faktoren nicht vernachlässigen.

Schaubild 2
Der Wahlprozeß als *Black Box*



Das sozialpsychologische Modell ist reicher instrumentiert (Schaubild 3). Es unterscheidet fort-dauernde (langfristige) und wahl-spezifische (kurzfristige) Effekte auf das Wahlverhalten und sucht ih-ren Zusammenhang zu modellieren. Zu den wahl-spezifischen Faktoren zählen Kandidaten- und Issue-Effekte. Über Kandidaten-Effekte weiß man relativ wenig; McAllister (1996) geht davon aus, daß die Bedeutung dieser Effekte international sehr unterschiedlich sind und daß sie zunehmend stärker wer-den, kann aber wenig mehr als Plausibilitätsargumente zur Stützung seiner Ansicht anführen. Für die Bundesrepublik geht man davon aus, daß die Bedeutung der Kandidaten für die Wahlentscheidung über die Zeit nicht wesentlich angewachsen ist.² Issue-Effekte auf die Wahlentscheidung sind die an-dere Klasse der wahl-spezifischen Faktoren. Sie werden am besten nach der Salienz/Kompetenz-Logik modelliert. Räumliche Modelle sind weniger erklärungskräftig und zwar gleichgültig, ob sie nach der Distanz- oder nach der Richtungslogik ausgerichtet sind (Schmitt 1999). Issueeffekte variieren natur-gemäß von Wahl zu Wahl, aber auch hier geht man davon aus, daß sie – von Wahlspezifika einmal abgesehen – über die Zeit stärker werden (Dalton 1996).

Schaubild 3
Das sozial-psychologische Modell der Wahlentscheidung



Zu den fort-dauernden, d.h. nicht wahl-spezifischen, Faktoren zählen im sozialpsychologischen Modell die Parteibindungen (*party identification*) und ganz am Anfang des Kausalmodells, Effekte, die sich aus der sozialstrukturellen Position und den Sozialisationserfahrungen der Wähler ergeben. Sozial-strukturelle Position und Sozialisation definieren Parteibindungen. Parteibindungen werden als psy-

chologische Parteimitgliedschaft verstanden (Campbell, Converse, Miller und Stokes 1960). Die Operationalisierung von Parteibindungen war lange ein kontroverses Thema in der europäischen und auch in der deutschen Politikwissenschaft (Budge, Crewe und Farlie 1976). Die alte Scheu vor dem theoretischen Konzept und den verschiedenen möglichen Operationalisierungen hat sich in den letzten Jahren etwas gelegt, nachdem der zunächst scheinbar übermächtige Zusammenhang mit der Wahlentscheidung sich in westeuropäischen Demokratien deutlich abgeschwächt hat. Die Verwendung entsprechender Indikatoren in bundesrepublikanischen Analysen der Wahlentscheidung nimmt in den letzten Jahren zu und ist heute für viele selbstverständlich.

Diese knappe Darstellung des sozialpsychologischen Modells der Wahlentscheidung soll zeigen, daß Analysen des Einflusses sozialstruktureller Effekte auf das Wahlverhalten sich nicht auf das *black-box model* beschränken dürfen. Sie müssen vielmehr – zumindest der Absicht nach³ – alle als relevant bekannten Determinanten der Wahlentscheidung berücksichtigen und bivariaten „Brutto-Effekten“ relative Effekte entgegenhalten.

2.2. Die abhängige Variable

Hier ist kurz auf einen inhaltlichen und etwas ausführlicher auf einen methodischen Punkt einzugehen. Inhaltlich unterscheiden sich einschlägige Arbeiten danach, ob Wahlverhalten allgemein erklärt werden soll oder ob das Wahlverhalten einer bestimmten sozialen Schicht, einer Konfessionsgruppe etc. beschrieben werden soll. Beide Analysealternativen sind gleich legitim; sie beantworten jedoch unterschiedliche Fragen und legen auch die Auswahl unterschiedlicher unabhängiger Variablen nahe. Im folgenden geht es um den Beitrag der Sozialstruktur für die Erklärung von Wahlverhalten allgemein.

Analysen der Wahlentscheidung werden aus technisch-statistischen Gründen zumeist auf Dichotomien reduziert. In den europäischen Mehrparteiensystemen resultiert die Wahlhandlung aber nicht aus einer dichotomen Entscheidung für oder gegen eine Partei, oder für die eine und gegen die andere. Wähler sind mit einer Vielzahl von Wahloptionen konfrontiert. Einige davon mögen von vorne herein ausfallen, d.h. individuell nicht in Frage kommen. Die Gründe für dieses „Ausfallen“ sind aber für die Wahlentscheidung genauso relevant wie jene, die eine oder mehrere andere Parteien zu Favoriten der Wahlentscheidung machen. Die übliche Reduktion auf binäre Entscheidungen blendet einen Großteil der realen Entscheidungssituation aus, und die Ergebnisse dieser Analysen sind deshalb zumindest teilweise unvollständig und irreführend.

Deshalb empfiehlt es sich, nicht so sehr die Wahlentscheidung selbst in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen, sondern die relative Präferenz für die verschiedenen Entscheidungsalternativen (Pappi 1996). Diese Alternativen kann man für die meisten Zwecke ohne Schaden auf die *relevanten* Parteien

eines Systems (Sartori 1976) reduzieren. Solange gezeigt werden kann, daß die Präferenz in den Spitzenwerten regelmäßig in die Wahl der entsprechend präferierten Partei mündet, ist die Nähe dieser Parteienpräferenzordnung zur Wahlentscheidung hinreichend, um auf ihrer Grundlage Aussagen über das Wahlverhalten zu treffen. Individuelle Präferenzordnungen kann man unterschiedlich ermitteln. Im Rahmen der Europawahlstudien, aber auch in der niederländischen, der spanischen und neuerdings in der britischen nationalen Wahlstudie werden sie mittels Wahlwahrscheinlichkeiten für die relevanten Parteien des Systems erhoben. Sind solche Wahlwahrscheinlichkeiten nicht verfügbar, kann man die relative Präferenz auch aus dem Abgleich von Parteiskalometer-Werten oder aus den Ergebnissen von paarweisen Parteivergleichen ermittelt werden (Schmitt 1998). Dies empfiehlt sich insbesondere für die vergleichende Analyse von Wahlverhalten auf der Grundlage verschiedener Studien mit unterschiedlicher Instrumentierung.

Folgt man diesen Überlegungen und stellt die relative Präferenz der Befragten für die verschiedenen relevanten Parteien des Systems in den Vordergrund, dann sind nicht mehr die einzelnen Befragten die Einheit der Analyse, sondern ihre Parteibewertungen.⁴ Solche Parteibewertungen können mittels einer „gestapelten Datenmatrix“ analysiert werden, deren Fallzahl sich aus dem Produkt der Anzahl der Befragten und der Anzahl der bewerteten Parteien ergibt. Diese Analysestrategie wurde im Rahmen der Europawahlstudie von Cees van der Eijk entwickelt und hat sich in einer Reihe von Analysen bewährt (vgl. z.B. Oppenhuis 1995; Tillie 1995; van der Eijk und Franklin 1996; Schmitt 1998, 1999; van der Eijk, Franklin und van der Brug 1999). Auch die folgende Analyse basiert darauf.

2.3. Die unabhängigen Variablen

Die Einbindung von Individuen in die Sozialstruktur kann auf unterschiedliche Weise bestimmt werden. Zwei grundsätzliche Alternativen sind die zwischen objektiven und subjektiven und zwischen strukturellen und verhaltensbasierten Indikatoren. Die verschiedenen theoretisch fundierten Klassenschemata (etwa jenes von Goldthorpe) sind ein Beispiel für die Gruppe der objektiven Indikatoren; die Selbstverortung in der Hierarchie sozialer Schichten (subjektive soziale Schicht) eines für subjektive Indikatoren. Das zweite Gegensatzpaar läßt sich am Beispiel der Religion verdeutlichen: ein struktureller Indikator ist die Zugehörigkeit zu einer Kirche, während die Kirchengangshäufigkeit ein verhaltensbasiertes Maß ist.

Der Einfluß von subjektiven und verhaltens-basierten Indikatoren sollte jenen von objektive und strukturellen übertreffen, da die Übersetzung von sozialer Lage in politisches Verhalten Rationalisierungen voraussetzt, die durch subjektive Wahrnehmungsfiler beeinflusst werden und sich auch in sozialem Verhalten (z.B. Gewerkschaftsmitgliedschaft) niederschlagen. Deshalb kommen solche Indikatoren zumeist in Analysen von „allgemeinem“ Wahlverhalten zum Einsatz, während Analysen des Wahl-

verhaltens bestimmter sozialer Gruppen zumeist objektiv-strukturellen Indikatoren den Vorzug geben. In den folgenden exemplarischen Analysen werden Indikatoren aus allen Kategorien verwendet.

3. Exemplarische Analysen

3.1. Das absolute und das relative Gewicht gesellschaftlicher Faktoren für das Wahlverhalten im internationalen und im Zeitvergleich

Für den internationalen Vergleich werden die Daten der Europawahlstudie 1994 ausgewertet.⁵ Diese wurde in allen 12 Mitgliedsländern der damaligen Union erhoben, wobei Deutschland (zwei gleich große deutsche Stichproben, eine für die alte BRD und eine für die neuen Länder) und das Vereinigte Königreich (GB plus Sonderstichprobe Nordirland) je zweimal figurieren. Insgesamt zehn sozialstrukturelle Merkmale der Befragten werden berücksichtigt, wobei die Aspekte der sozialen Schicht, der Religion, des unmittelbaren Lebensumfeldes sowie Alter, Geschlecht und Bildung berücksichtigt werden können. Die Präferenz – gemessen als Wahlwahrscheinlichkeit⁶ – für die relevanten Parteien eines Systems wurde auf diese Merkmale regredierte und die errechneten Vorhersagewerte gespeichert; europaweit handelt es sich dabei um 98 Parteien. Diese Vorhersagewerte wurden dann zusammen mit der Parteibindung und der einer Partei zugeschriebenen Issuekompetenz als Prädiktoren der Parteipräferenz in eine weitere multiple Regression eingeführt. Die länderspezifischen Ergebnisse dieser Operation sind in Tabelle 1 dargestellt.

Es ergibt sich zunächst, daß der Einfluß sozialstruktureller Effekte auf das Wahlverhalten international stark variiert. Er ist am stärksten in Nordirland, wo die sich überlagernden und wechselseitig verstärkenden Konflikte zwischen katholischer und protestantischer Konfession, zwischen arm und reich, und zwischen irischer und britischer Nation noch immer gewaltsam ausgetragen werden. Zur Spitzengruppe gehören auch die Niederlande, Luxemburg und Deutschland, wobei hier die soziale Prägung des Wahlverhaltens in den neuen Ländern deutlich geringer ist als im Westen der Republik. Eine Mittelgruppe wird durch Spanien, Portugal, Irland, Dänemark und vielleicht noch Belgien gebildet. In Frankreich, Italien und Griechenland, aber auch in Großbritannien sind die sozialen Konturen im Wahlverhalten am schwächsten.

Es geht hier nicht vordringlich darum, die unterschiedliche Stärke der „Brutto-Effekte“ gesellschaftlicher Konflikte auf das Wahlverhalten zu erklären. Allerdings fällt auf, daß religiös-heterogene Nationen wie die Niederlande und Deutschland mit die höchsten Werte aufweisen. Dies unterstreicht die Bedeutung von historischen sozialen Konflikten. Andererseits scheinen auch politikstrukturelle Variablen eine Rolle zu spielen. Das Zweiparteiensystem Großbritanniens, und damit wohl ursächlich das Mehrheitswahlrecht, läßt wenig Raum für die differenzierte Übersetzung sozialer Gegensätze in die Politik.

Tabelle 1
Das absolute und das relative Gewicht der Sozialstruktur
für die Parteipräferenz der Westeuropäer in der Mitte der 90er Jahre

	absolut	relativ			insgesamt er- klärte Varianz %
	Sozialstruktur ¹ r	Sozialstruktur â	Parteibindung ² â	Issue- kompetenz ³ â	
Nordirland	.72	.59	.14	.22	60
Niederlande	.62	.44	.31	.33	53
Luxemburg	.57	.41	.23	.25	48
Deutschland W	.59	.38	.25	.26	52
Deutschland insg.	.57	.37	.25	.26	50
Deutschland O	.46	.30	.26	.29	42
Spanien	.54	.28	.31	.33	56
Portugal	.51	.30	.36	.21	50
Irland	.49	.36	.21	.22	36
Dänemark	.47	.26	.32	.25	44
Belgien	.41	.23	.29	.29	39
Frankreich	.39	.28	.31	.20	34
Italien	.39	.20	.27	.32	38
Griechenland	.38	.15	.48	.22	52
Großbritannien	.26	.11	.36	.38	48

Anmerkungen: (1) Es konnten berücksichtigt werden Indikatoren zur Beschreibung der sozialen Schichtzugehörigkeit (subjektive Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht, zur unteren Mittelschicht, zur Mittelschicht, zur oberen Mittelschicht und zur Oberschicht sowie die Mitgliedschaft der/des Befragten oder eines Haushaltsmitglieds in einer Gewerkschaft); zur Beschreibung der religiösen Bindung (katholisch, protestantisch; Kirchengangshäufigkeit); sowie zur Beschreibung der Bildungskarriere (Alter bei Schulabschluß), des unmittelbaren Lebensumfeldes (subjektive Wohnortgröße) sowie das Geschlecht und das Alter. In einer multiplen Regression wurden diese Faktoren benutzt, um die Wahlwahrscheinlichkeit für die verschiedenen Parteien vorherzusagen; diese Vorhersagewerte werden dann als Verkörperung des sozialstrukturellen Effekts auf die Parteipräferenz in der Analyse weiterverwendet. (2) Parteibindungen wurden wie folgt erfragt: „[A] Stehen Sie einer politischen Partei nahe? WENN NEIN: [B] Stehen Sie einer Partei etwas näher als den anderen Parteien? WENN JA ZU [A] ODER [B]: [C] Stehen Sie dieser Partei sehr nahe, ziemlich nahe, oder sind Sie nur Sympathisant? WENN [C] BEANTWORTET: Um welche Partei handelt es sich?“ Eine Partei wird mit 0 kodiert, wenn die/der Befragte keine oder eine andere Partei nennt; mit 1, wenn der/die Befragte mit ihr nur sympathisiert; mit 2, wenn der/die Befragte ihr ziemlich nahe steht; und mit 3, wenn der/die Befragte ihr sehr nahe steht. (3) Die Issuekompetenz der Parteien wurde im Zusammenhang mit der Rangordnung der drei wichtigsten Issues aus einer 11er-Liste erhoben. Die Befragten wurden zunächst gebeten, das wichtigste Issue zu nennen, dann das zweitwichtigste und dann das dritt wichtigste; darauf wurden Sie gefragt, welche Partei für das wichtigste Issue am besten ist, welche für das zweitwichtigste und welche für das dritt wichtigste. Eine Partei wird mit 0 kodiert, wenn die/der Befragte auf alle drei Kompetenzfragen keine oder eine andere Partei nennt; mit 1, wenn sie einmal genannt wird; mit 2, wenn sie zweimal genannt wird; und mit 3, wenn sie dreimal genannt wird.

Quelle: *Europawahlstudie 1994*. Abhängig ist die Parteipräferenz, gemessen als Wahlwahrscheinlichkeit für die verschiedenen relevanten Parteien eines Systems. Es werden gestapelte Datenfiles analysiert. Sie wurden für diese Analyse nichtrepräsentativ-gewichtet. Die Analyse-einheit ist die Parteibewertung (z.B. der Präferenzwert für die Stapelpartei), nicht der oder die individuelle Befragte.

Es genügt jedoch nicht, „Bruttoeffekte“ gesellschaftlicher Konflikte auf das Wahlverhalten zu schätzen. Relative Einflüsse kann man unterschiedlich und auch unterschiedlich aufwendig ermitteln. Dabei ist die Modellierung der Effekte einer Mehrzahl von Prädiktoren ihrer Separierung zumeist vorzuziehen, da sie detailliertere Einsichten in Variablenstrukturen ermöglicht (Schmitt 1999:92). Solche Einsichten werden hier jedoch nicht angestrebt und es genügt deshalb, den Effekt der Sozialstruktur für die anderen Variablen des sozial-psychologischen Modells zu kontrollieren. Neben Parteibindungen wurden im Rahmen der Europawahlstudie 1994 eine Reihe von Issueeffekten als wahl-spezifische Determinanten der Wahlentscheidung erhoben; wir berücksichtigen mit der Issuekompetenz der Parteien den mächtigsten Prädiktor aus dieser Klasse von Variablen. Kandidateneffekte können im Rahmen dieser Studie nicht geschätzt werden.

Der Vergleich von bivariaten und multivariaten Effekten erlaubt verschiedene Schlußfolgerungen. Zunächst ist festzuhalten, daß die Sozialstruktur auch in der multivariaten Analyse überraschend „mächtig“ bleibt; die der Wahlentscheidung kausal näheren Variablen der Parteibindung und der Issuekompetenz reduzieren den Einfluß gesellschaftlicher Faktoren, machen ihn aber nicht zunichte. In vier der zwölf untersuchten Länder – in den Niederlanden, Deutschland, Luxemburg und Dänemark – bleiben gesellschaftliche Merkmale auch relativ die stärksten Prädiktoren. Es ergibt sich auch, daß absolute und relative Effekte kovariieren: Starke bivariate Zusammenhänge bleiben auch multivariat substantiell und umgekehrt. Schließlich zeigt sich, daß die politischen Prädiktoren der Wahlentscheidung dann relativ mächtiger werden, wenn die gesellschaftlichen Einflüsse schwach sind, daß also die Erklärungskraft des Gesamtmodells nicht analog mit dem Partialeffekt der Sozialstruktur schwindet.

Die Variation in der Erklärungskraft gesellschaftlicher Faktoren zwischen den Ländern bedeutet im Übrigen nicht, daß die Richtung der Effekte sich zwischen den Ländern unterscheiden würde: Gewerkschaftsmitgliedschaft z.B. wirkt überall positiv auf die Präferenz für Parteien, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. Was sich zwischen den Ländern Westeuropas unterscheidet ist das Ausmaß der gesellschaftlichen Strukturiertheit politischen Verhaltens.

Die Entwicklung der sozialstrukturellen Effekte auf das Wahlverhalten über die Zeit wird im *companion paper* von O. Knutsen sehr ausführlich dargestellt. Hier soll nur kurz auf die Bundesrepublik eingegangen werden. Die für die Länder Westeuropas angewandte Analysestrategie wurde auf der Grundlage der beiden deutschen Wahlstudien – 1961 und 1998 – repliziert, die bei vergleichbarer Instrumentierung die größte Zeitspanne überbrücken. Es können keine Wahlwahrscheinlichkeiten analysiert werden, dafür aber relative Parteipräferenzen, die aus Parteiskalometern ermittelt wurden. Aus Validierungserwägungen wurde die dichotome Wahlentscheidung als alternative abhängige Variable berücksichtigt. Parteibindungen wurden unterschiedlich erfragt, können aber durch geeignete Rekodierungen vergleichbar gemacht werden. Für den Bereich der Issue-Effekte gibt es keine vergleichbaren Instrumente. In beiden Studien wurden aber die Sympathiewerte für die Parteiführer erfaßt; die Klasse der wahlspezifischen Effekte kann deshalb durch Kandidateneffekte repräsentiert werden. Die Ergebnisse der Analyse sind in Tabelle 2 wiedergegeben.

Der Vergleich des Einflusses gesellschaftlicher Faktoren auf die Wahlentscheidung der Deutschen über eine Spanne von nahezu 40 Jahren ergibt, daß zumindest in Deutschland von einem Niedergang wohl kaum die Rede sein kann. Das Autonomiemodell der Beziehung zwischen gesellschaftlichen Konflikten und Parteiensystem läßt sich empirisch nicht nachvollziehen. Die soziale Determination der Wahlentscheidung der Westdeutschen hat sich zwischen 1961 und 1998 sicher nicht abgeschwächt, sie ist stärker geworden. Wenn man die damalige und die heutige „Bundesrepublik“ betrachtet, sind die Effekte etwa gleich geblieben. Nur in den neuen Ländern sind die sozialen Konturen

Tabelle 2
Das absolute und das relative Gewicht der Sozialstruktur
für die Parteipräferenz und die Wahlentscheidung der Deutschen 1961 und 1998

	absolut	relativ			
	Sozialstruktur ¹	Sozialstruktur	Parteibindung ²	Partei- führer ³	insgesamt er- klärte Varianz
	r	â	â	â	R ²
abhängig: Parteipräferenz ⁴					
1961	.48	.24	.30	.29	42
1998 West	.57	.41	.20	.29	47
1998 gesamt	.51	.37	.20	.30	42
1998 Ost	.36	.27	.20	.31	31
abhängig: Zweitstimme					
1961	.27	.07	.66	.16	59
1998 West	.49	.26	.50	.14	51
1998 gesamt	.45	.24	.49	.16	48
1998 Ost	.36	.20	.46	.18	41

Anmerkungen: (1) Sozialstrukturelle Indikatoren wurden herangezogen zur Beschreibung der sozialen Schicht (Arbeiter oder Arbeiterfamilie, Gewerkschaftsmitgliedschaft); zur Beschreibung der religiösen Bindung (katholisch, atheistisch; Kirchgangshäufigkeit); sowie zur Beschreibung der Bildungskarriere (Volks-/Hauptschule; Abitur), des unmittelbaren Lebensumfeldes (Dorf; Großstadt; neue Bundesländer) sowie das Geschlecht und das Alter. In einer multiplen Regression wurden diese Faktoren benutzt, um die Parteipräferenz bzw. die Wahl bzw. Nichtwahl der verschiedenen Parteien vorherzusagen; diese Vorhersagewerte werden dann als Verkörperung des sozialstrukturellen Effekts auf die Parteipräferenz bzw. Wahlentscheidung weiterverwendet.

(2) Parteibindungen wurden 1961 mit folgendem Fragewortlaut erfaßt: „Würden Sie mir bitte sagen, welche Partei Ihnen am besten gefällt? FALLS EINE PARTEI GENANNT: Würden Sie sagen, daß sie ein überzeugter Anhänger dieser Partei sind oder würden Sie eher sagen, daß Sie diese Partei bevorzugen, weil sie Ihnen in der jetzigen Situation am besten geeignet erscheint?“ Eine Partei wird mit 0 kodiert, wenn der oder die Befragte keine oder eine andere Partei nennt; mit 1, wenn sie der oder dem Befragten am besten geeignet erscheint; und mit 2, wenn der oder die Befragte ein Anhänger dieser Partei ist.

1998 wurden Parteibindungen wie folgt erfaßt: „Wie schätzen Sie sich selbst ein, stehen Sie gewöhnlich einer politischen Partei nahe? WENN JA: Um welche Partei handelt es sich? FALLS DIE/DER BEFRAGTE MEHR ALS EINER PARTEI NAHE STEHT: Welcher Partei stehen Sie am nächsten? FALLS DIE/DER BEFRAGTE KEINER PARTEI NAHE STEHT: Stehen Sie denn einer Partei ein wenig näher als den anderen? FALLS DIE/DER BEFRAGTE EINE PARTEI ALS DIE NÄCHSTE ODER NÄHER ALS ANDERE BEZEICHNET HAT: Stehen Sie dieser Partei sehr nahe, ziemlich nahe, oder nicht sehr nahe?“ Eine Partei wird mit 0 kodiert, wenn die/der Befragte keine oder eine andere Partei nennt; mit 1, wenn der/die Befragte ihr nicht sehr nahe steht; mit 2, wenn der/die Befragte ihr ziemlich nahe steht; und mit 3, wenn der/die Befragte ihr sehr nahe steht.

(3) Die Parteivorsitzenden waren 1961 Adenauer (CDU), Ollenhauer (SPD), und Mende (FDP); Kanzlerkandidaten waren Adenauer (CDU) und Brandt (SPD). 1998 waren die Parteivorsitzenden Kohl (CDU), Lafontaine (SPD), Gerhardt (FDP), Fischer (Grüne) [de facto], und Gysi (PDS) [de facto]; Kanzlerkandidaten waren Kohl (CDU) und Schröder (SPD).

(4) Die Parteipräferenz wird über Präferenzpunkte (PPPs) aus paarweisen Parteivergleichen ermittelt; die Grundlage dieser Vergleiche sind die Sympathieskalen-Werte für die einzelnen Parteien. 1961 wurden CDU/CSU, SPD und FDP verglichen, und man konnte eine Partei mit maximal 2 und minimal 0 PPPs auszeichnen. 1998 wurden CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und PDS verglichen, und man konnte eine Partei mit maximal 4 und minimal 0 PPPs auszeichnen.

Quelle: *Kölner Wahlstudie 1961* (Nachwahlumfrage) und *Deutsche Nationale Wahlstudie 1998* - deutsche CSES. Abhängig ist zunächst die Parteipräferenz, dann die dichotome Wahlentscheidung. Es werden gestapelte Datenfiles analysiert. Die Analyseeinheit ist die Parteibewertung (z.B. der Präferenzwert oder die Entscheidung für oder gegen diese Partei), nicht der oder die individuelle Befragte. Gültige Fälle/Anteile fehlender Werte für die Analyse der Parteipräferenz 1961: 4203/19,0; 1998 insgesamt 8764/13,4; 1998 West 4263/13,0; 1998 Ost 4480/14,2. Gültige Fälle/Anteil fehlender Werte für die Analyse der Wahlentscheidung 1961: 3334/35,2; 1998 insgesamt 7578/25,1; 1998 West 3702/24,4; 1998 Ost 3839/26,5.

im Wahlverhalten heute schwächer als vor 40 Jahren in der alten BRD, und nur dort überwiegen die relativen wahl-spezifischen Effekte – die Kandidateneffekte – heute jene der Sozialstruktur und der Parteibindung.

Die in Validierungsabsicht durchgeführte Analyse mit der Wahlentscheidung (Zweitstimme) als abhängiger Variable bestätigt diese Eindrücke. Die Unterschiede zur Parteipräferenz-Analyse bestehen

darin, daß der Zuwachs des Effektes der Sozialstruktur auf die Wahlentscheidung zwischen 1961 und 1998 hier noch deutlicher wird und daß die Parteibindungen für die dichotome Wahlentscheidung deutlich wichtiger sind als für die Parteipräferenz. Parteibindungen sind hier generell der stärkste Prädiktor, auch wenn ihr Einfluß über die Zeit erkennbar geringer wird. Der frühere Vorbehalt gegen die Parteibindungen – der ja auch auf dem Eindruck ihrer übermächtigen Determinationsmacht gründete – könnte sich demzufolge auch auf mangelhafte Analysestrategien zurückführen lassen.

3.2. Die Richtung der Effekte gesellschaftlicher Faktoren für das Wahlverhalten im internationalen und im Zeitvergleich

In diesem Abschnitt geht es zunächst um die historische Perspektive. Die Ergebnisse des internationalen Vergleichs werden anschließend berichtet. Tabelle 3 zeigt die relativen Effekte gesellschaftlicher Determinanten der Wahlentscheidung der Deutschen für die 1961er und die 1998er Studie. Da die Anzahl der relevanten Wahloptionen in diesen Wahljahren zu unterschiedlichen Präferenzskalen führt (0-2 [3 Vergleichsparteien] in 1961, 0-4 [5 Vergleichsparteien] in 1998), werden hier anders als in den folgenden Tabellen standardisierte multiple Regressionskoeffizienten ($\hat{\alpha}$'s) dargestellt.

Tabelle 3
Sozialstrukturelle Prädiktoren der Parteipräferenz der Deutschen 1961 und 1998
(Angaben sind beta's aus multiplen OLS-Regressionen)

	Arbeiter	katholisch	Ohne Kon- fession	Dorf	Stadt	neue Länder	Alter	Geschlecht	Volksschule	Abitur +	R
1 9 6 1											
CDU/CSU	-.14	.16	-.03	.08	.00	-	.01	.02	-.06	-.03	.26
SPD	.24	-.16	.03	-.07	-.01	-	-.05	-.06	.09	.02	.35
FDP	-.15	-.05	.00	.02	.02	-	.01	.06	-.03	-.03	.18
1 9 9 8											
CDU/CSU	-.08	.10	-.16	.02	-.07	-.01	.06	-.06	-.08	-.08	.28
SPD	.06	-.04	.06	-.02	.01	-.06	-.05	-.08	-.00	-.09	.16
FDP	-.09	.07	-.04	.02	-.08	-.02	.06	.07	-.02	.01	.16
Grüne	-.02	-.09	.05	-.01	.08	-.19	-.12	.03	.01	.10	.27
PDS	.02	-.02	.16	.05	.07	.27	-.01	-.04	.05	.04	.40

Quelle: wie Tabelle 2.

Das bundesrepublikanische Parteiensystem war über Jahrzehnte durch zwei sich überschneidende Cleavages – den Klassenkonflikt und den religiösen Konflikt – geprägt (Schmitt 1987b). Die Prägekraft dieser historischen Konfliktstrukturen für das Wahlverhalten der Deutschen hat sich in den vergangenen 40 Jahren deutlich abgeschwächt. Weniger bekannt als dies ist die Tatsache, daß der Verlust der Prägekraft der „alten Konflikte“ durch neue gesellschaftliche Oppositionen mehr als ausgeglichen wurde. Anders als 1961 ist die SPD heute keine Arbeiterpartei mehr. Aus der katholischen CDU/CSU

ist eher eine christliche Partei geworden. Die PDS ist ostdeutsch und abständig. Die Grünen sind westdeutsch, jung und gebildet.

Für den internationalen Vergleich gibt es z.Z. keine vergleichbaren Umfragedaten, die einen ähnlich langen Zeitraum umspannen könnten.⁷ Dafür ist die Datenbasis der Europawahlstudie 1994 in dem Sinne reicher, daß es nicht um 3 oder um 5, sondern um 98 Parteien geht. Die gesellschaftlichen Determinanten der relativen Präferenz für 98 Parteien kann man nicht einzeln inspizieren, aber man kann sie zu Parteifamilien zusammenfassen und mittlere Koeffizienten betrachten. Da die Wahlwahrscheinlichkeiten alle auf der gleichen 10er-Skala erhoben wurden, können mittlere unstandardisierte Koeffizienten berichtet werden. Die Effekte von Indikatoren der sozialen Schicht auf die Parteipräferenz sind in Tabelle 4 wiedergegeben.⁸

Tabelle 4

Gewerkschaftsmitgliedschaft und subjektive soziale Schicht
als Prädiktoren der Wahlwahrscheinlichkeit für 98 westeuropäische Parteien

(Angaben sind Parteifamilien-spezifische mittlere unstandardisierte Regressionskoeffizienten und etas als Maß der Determination dieser Koeffizienten durch die Zugehörigkeit zu Parteifamilien)

Partei-Familien ¹	Gewerkschafts-Mitglied ²	Arbeiter	Subjektive soziale Schicht ³			
			untere Mittel	Mittel	obere Mittel	Ober
Sozialdemokraten	+0.53	- 0.79	+0.70	- 0.06	- 0.40	- 0.57
Kom. & ex. Linke	+0.44	- 0.22	+0.63	+0.31	+0.43	- 0.61
Regionalisten	+0.07	- 0.80	+0.03	+0.01	+0.32	- 0.39
Grüne	- 0.03	- 0.70	+0.02	+0.49	+0.04	- 0.25
Fortschritt	- 0.11	- 1.01	+0.44	+0.86	+0.39	- 0.24
Extreme Rechte	- 0.13	+0.39	+0.26	+0.06	+0.21	- 0.00
Christdemokraten	- 0.31	+0.25	- 0.45	- 0.42	- 0.25	+0.30
Liberale	- 0.36	+0.08	- 0.59	- 0.19	- 0.17	+0.68
Konservative	- 0.43	+0.38	- 0.92	- 0.38	+0.04	+1.20
# gültige Fälle	93	93	93	93	93	93
% fehlende Werte	5.1	5.1	5.1	5.1	5.1	5.1
Eta	.63	.42	.65	.54	.44	.62

Anmerkungen: (1) Parteifamilien sind wie folgt definiert: *kommunistische Parteien und Parteien der extremen Linken* umfassen SFP-DK, PDS-D, KKE-GR und Sinaspismos-GR, Rifondazione-I, IU-E, PC-F, Labour-NIRL und CDU-P; *sozialdemokratische Parteien* umfassen SP-B und PS-B, SD-DK, SPD-D, Pasok-GR, PDS-I, PSOE-E, PS-F und MRG-F, Labour-Irl und SDLP-NIRL, LSAP-Lux, PvdA-NL, PS-P und Labour-GB; *grüne Parteien* umfassen Agalev-B und Ecolo-B, B90.Grüne-D, Verdi-I, Verts-F, Generation Ecologie-F, Greens-IRL, Greens-NIRL, Greng-Lux, GroenLinks-NL, Greens-GB; *liberale Parteien* umfassen VLD-B und PRL-B, RV-DK und V-DK, FDP-D, UDF-F, PD-Irl, DP-Lux, D'66-NL und VVD-NL, PSD-P und CDS-P, LibDem-GB; *christdemokratische Parteien* umfassen CVP-B und PSC-B, KrF-DK, CDU-D, PPI-I, FG-IRL, CSV-Lux, CDA-NL; *konservative Parteien* umfassen KFP-DK, ND-GR, FI-I, PP-E, RPR-F, FF-IRL, Conservatives-NIRL, PSN-P, Conservatives-GB; die Parteien der *extremen Rechte* umfassen VB-B und FN-B, Reps-D, AN-I, FN-F, NB-Lux, CD-NL; *regionalistische Parteien* umfassen VU-B, LN-I, CiU-E, PNV-E, HB-E, SF-IRL, Alliance-NIRL, UUP-NIRL, DUP-NIRL, SF-NIRL, SNP-GB, PC-GB; *Fortschrittsparteien* umfassen FP-DK und ADR-Lux; *nicht klassifiziert* wurden CD-DK, Political Spring-Gr, SGP-NL, GPV-NL und RPF-NL. (2) Gewerkschaftsmitglied: ja, selbst oder jemand in der Familie = 1; nein = 0. Die Kategorien der subjektiven sozialen Schicht sind als Dichotomien (*dummies*) verkodet, wobei jeweils 1=genannt und 0=nicht genannt bedeutet; die nicht berücksichtigte Referenzkategorie ist die Unterschicht (*lower class*).

Quelle: Europawahlstudie 1994. Analyseeinheiten sind Parteien. Abhängige Variablen sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten der Gewerkschaftsmitgliedschaft bzw. der subjektiven sozialen Schichtzugehörigkeit nationaler Elektorate auf die Wahlwahrscheinlichkeit von insgesamt 98 westeuropäischen Parteien. Wahlwahrscheinlichkeiten reichen von 1=überhaupt nicht wahrscheinlich bis 10=sehr wahrscheinlich.

Die Gewerkschaftsmitgliedschaft ist ein Verhaltens-basierter Indikator der Zugehörigkeit zu einem der beiden Lager im Klassenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital. Gewerkschaftsmitglieder sollten dementsprechend Parteien bevorzugen, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. Dies entspricht auch den empirischen Befunden. Im westeuropäischen Vergleich hat die Gewerkschaftsmitgliedschaft einen deutlichen und positiven Effekt auf die Wahlwahrscheinlichkeit von sozialdemokratischen und kommunistischen/extrem linken Parteien, sie hat einen etwas weniger stark ausgeprägten negativen Effekt auf die Wahlwahrscheinlichkeit konservativer, liberaler und christdemokratischer Parteien. Die Präferenz für regionalistische und grüne Parteien, sowie die für Fortschritts- und extrem-rechte Parteien wird von der Gewerkschaftsmitgliedschaft kaum berührt.

Die subjektive Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht ist ein weiterer Indikator der Lagerzugehörigkeit im Klassenkonflikt; subjektive Arbeiter sollten ebenfalls die Parteien der Arbeiterbewegung bevorzugen. Dies läßt sich empirisch jedoch nicht bestätigen. Unter ihnen haben – *ceteris paribus* – die Parteien der extremen Rechten und konservative Parteien einen Vorsprung, während Fortschrittsparteien, Regionalisten, Sozialdemokraten und Grüne im Nachteil sind. Sozialdemokraten und Kommunisten haben dagegen eine starke Basis unter subjektiven Angehörigen der unteren Mittelschicht; liberale und konservative Parteien unter subjektiven Angehörigen der Oberschicht; Fortschrittsparteien und Grüne unter subjektiven Angehörigen der Mittelschicht. Christdemokraten und Regionalisten haben in der Hierarchie subjektiven sozialer Schichten keine einigermaßen klar umrissene Unterstützergruppe.

Wir halten fest, daß die Wahlverhaltens-Effekte von objektiven (verhaltens-basierten) und subjektiven Indikatoren der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen nicht notwendigerweise übereinstimmen und wenden uns Indikatoren der Einbindung in eine Religionsgemeinschaft zu (Tabelle 5). Hier zeigt sich erneut die Wahlverhalten-prägende Kraft eines verhaltens-basierten Indikators – der Kirchgangshäufigkeit, die sich den strukturellen Indikatoren der Konfessionszugehörigkeit überlegen erweist.

Christdemokratische und konservative Parteien werden von Kirchgängern deutlich bevorzugt, während Kommunisten und Sozialdemokraten – etwas weniger ausgeprägt – unter häufigen Kirchgängern benachteiligt sind. Für die anderen Parteifamilien spielt der Kirchgang keine große Rolle. Die Zugehörigkeit zu einer der beiden großen Konfessionen wirkt sich europaweit nicht systematisch für die eine oder andere Parteifamilie aus, und auch die Effekte der national dominanten Konfession sind eher erratisch als systematisch.

Tabelle 5

Kirchgangshäufigkeit und Konfession
als Prädiktoren der Wahlwahrscheinlichkeit für 98 westeuropäische Parteien

(Angaben sind parteifamilien-spezifische mittlere unstandardisierte Regressionskoeffizienten und
etas als Maß der Determination dieser Koeffizienten durch die Zugehörigkeit zu Parteifamilien)

Partei- familien ¹	Kirchgangs- häufigkeit ²	katholisch ³	evangelisch ³	dominante Konfession ⁴
Kommunisten & extreme Linke	+0.26	+0.69	+0.94	+0.90
Sozialdemokraten	+0.22	+0.20	+0.04	+0.30
extreme Rechte	+0.09	+0.27	+0.19	+0.33
Regionalisten	+0.07	- 0.64	- 0.48	- 0.70
Grüne	+0.03	+0.08	+0.59	- 0.07
Fortschritt	+0.03	- 1.87	-1.12	- 0.93
Liberale	-0.05	- 0.19	- 0.61	- 0.11
Konservative	- 0.35	- 0.16	+0.18	- 0.52
Christdemokraten	- 0.47	+0.28	- 0.33	+0.40
# gültige Fälle	93	93	93	68
% fehlende Werte	5.1	5.1	5.1	30.6
eta	.67	ns	.39	ns

Anmerkungen: (1) Parteifamilien sind definiert wie in Anmerkung 1 zur Tabelle 4 ausgewiesen. (2) Die Skala der Kirchgangshäufigkeit reicht von 1=mehrmals die Woche bis 5=nie. (3) Die Kategorien der Konfession sind als Dichotomien (*dummies*) verkodet, wobei jeweils 1=genannt und 0=nicht genannt; die stärkste der nicht berücksichtigten (Referenz-) Kategorien ist keine/ohne Konfession. (4) Die dominante Konfession berücksichtigt nur Parteien aus nicht gemischt-konfessionellen Ländern – diese Variable schließt also die Parteien aus Deutschland, dem Vereinigte Königreich und den Niederlanden mit fehlenden Werten aus. In den verbleibenden Ländern ist die dominante Konfession überall katholisch außer in Dänemark – dort ist sie protestantisch – und in Griechenland – dort ist sie orthodox.

Quelle: Europawahlstudie 1994. Analyseeinheiten sind Parteien. Abhängige Variablen sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten der Kirchgangshäufigkeit bzw. der Konfessionszugehörigkeit nationaler Elektorate auf die Wahlwahrscheinlichkeit von insgesamt 98 westeuropäischen Parteien. Wahlwahrscheinlichkeiten reichen von 1= überhaupt nicht wahrscheinlich bis 10=sehr wahrscheinlich.

Wir wenden uns abschließend vier objektiven Merkmalen zu, die alle mehr oder weniger die Nähe zu einem der beiden Lager im Konflikt zwischen alter und neuer Politik beschreiben. Dieser Konflikt, der in den späten 1960er Jahren in allen entwickelten industriellen Demokratien aufgebrochen ist, rankt sich um die politischen Ziele der Friedenssicherung, der Emanzipation der Frauen und des Umweltschutzes. Über diesen Konflikt sind in etlichen europäischen Parteiensystemen grüne Parteien entstanden; Parteien der „alten Linken“ – also insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten – haben aus historisch-ideologischen Gründen größere Affinitäten zur neuen Politik als konservative Parteien (z.B. Schmitt 1987a). Junge, weibliche und gebildete Wähler (die in städtischen Milieus häufiger vorkommen) sollten die Parteien der „neuen Politik“ präferieren. Dies wird durch die Ergebnisse in Tabelle 6 bestätigt. Frauen bevorzugen die Grünen und die Parteien der extremen Linken, Männer Parteien der extremen Rechten und Konservative. Junge Wähler bevorzugen grüne Parteien. Gebildete Wähler präferieren Grüne, ungebildete extrem-rechte Parteien. Kommunisten und Grüne haben Vorteile in städtischen Kontexten, Christdemokraten auf dem Lande.

Tabelle 6

Geschlecht, Alter, Bildung und Wohnumfeld (Stadt-Land)
als Prädiktoren der Wahlwahrscheinlichkeit für 98 westeuropäische Parteien

(Angaben sind mittlere unstandardisierte Regressionskoeffizienten und
etas als Maß der Determination dieser Koeffizienten durch die Zugehörigkeit zu Parteifamilien)

Parteifamilien ¹	Geschlecht ²	Alter ³	Bildung ⁴	Stadt-Land ⁵
Grüne	- 0.42	- 0.024	+0.57	+0.13
Kommunisten & extreme Linke	- 0.23	- 0.004	+0.19	+0.21
Sozialdemokraten	- 0.14	+0.004	- 0.08	+0.08
Liberale	+0.05	- 0.002	+0.14	- 0.09
Regionalisten	+0.14	+0.005	- 0.08	- 0.00
Christdemokraten	+0.15	+0.012	- 0.34	- 0.30
Fortschritt	+0.16	+0.003	- 0.39	- 0.09
Konservative	+0.28	+0.018	- 0.04	- 0.20
extreme Rechte	+0.30	- 0.012	- 0.58	+0.16
# gültige Fälle	93	93	93	93
% fehlende Werte	5.1	5.1	5.1	5.1
eta	.64	.68	.42	.51

Anmerkungen: (1) Parteifamilien sind definiert wie in Anmerkung 1 zur Tabelle 4 ausgewiesen. (2) 1=Männer, 0=Frauen. (3) Alter in Jahren. (4) Bildung ist das Alter bei Schulabschluß. (5) Stadt-land ist gemessen als subjektive Einschätzung der Größe der Wohngemeinde, wobei 1=kleines Dorf und 5=Großstadt.

Quelle: *Europawahlstudie 1994*. Analyseeinheiten sind Parteien. Abhängige Variablen sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten des Geschlechts, des Alters, der Bildung und des städtischen bzw. ländlichen Lebensumfeldes nationaler Elektorate auf die Wahlwahrscheinlichkeit von insgesamt 98 westeuropäischen Parteien. Wahlwahrscheinlichkeiten reichen von 1= überhaupt nicht wahrscheinlich bis 10=sehr wahrscheinlich.

4. Zusammenfassung

Es gehört zu den breit akzeptierten Ergebnissen politikwissenschaftlicher Forschung, daß die soziale Determination politischen Verhaltens schwächer wird. *Dealignment* – nicht *realignment* – war das Fazit der richtungsweisenden Studie von Dalton, Flanagan und Beck (1984). In diesem Papier wurde mit einer umfassenderen Analysetechnologie ermittelt, daß gesellschaftliche Faktoren das Wahlverhalten der Westeuropäer nach wie vor deutlich prägen, und daß ihr relatives Gewicht – mindestens in Deutschland – in den vergangenen 40 Jahren nicht geringer sondern eher stärker geworden ist. Zwar ist die Prägekraft der alten zentralen Cleavages zurückgegangen; dieser Rückgang wurde jedoch durch die Politisierung neuer gesellschaftlicher Gegensätze mehr als wett gemacht.

5. Anmerkungen

¹ Schauen wir nur auf die zentralen Cleavages und die deutschen Verhältnisse, so weist die deutsche Wahlstudie 1961 rd. 43 Prozent der Wahlberechtigten als Arbeiter oder Angehörige von Arbeiterhaushalten aus, die DNW 1998 (deutsche CSES) dagegen nur noch rd. 23 Prozent. Wahlberechtigte, die keiner Konfession angehörten, gab es 1961 ganze 4 Prozent, während 1998 daraus 28 Prozent geworden sind; bei der Kirchengangshäufigkeit tritt die Säkularisierung noch deutlicher zutage.

² Neuerdings geht ein 8-Nationen-Projekt diesen Fragen systematisch nach. Das erste Ergebnis dieser Bemühungen ist ein von R. Niemi geleitetes Panel bei der diesjährigen *APSA convention* in Washington.

³ Was die der Sekundäranalyse zugänglichen Datensätze dann tatsächlich ermöglichen ist freilich eine andere Frage.

⁴ Solche Parteibewertungen können natürlich auch aus der „gewählt/nicht gewählt“-Dichotomie bestehen, d.h. man kann auch konventionelle Wahlentscheidungs-Analysen im Rahmen dieser Datenanalysestrategie durchführen.

⁵ Die Daten der 1999er Europawahlstudie sind z.Z. noch nicht hinreichend aufbereitet, um diese Analysen durchführen zu können.

⁶ Die entsprechende Frage lautet in der deutschen Fragebogenversion: „Es gibt eine Reihe von Parteien in Deutschland. Jede davon würde gerne Ihre Stimme bekommen. Sagen Sie mir bitte, wie wahrscheinlich es ist, daß Sie diese Partei jemals wählen würden. Wie ist es mit der CDU/CSU ...“. Die Antwortskala reicht von 1=sehr unwahrscheinlich bis 10=sehr wahrscheinlich.

⁷ Die Eurobarometer reichen zurück bis 1970, haben aber im Bereich der politischen Variablen eine deutlich sparsamere Instrumentierung als nationale Wahlstudien. Im Rahmen von ICORE (=International Committee for Research into Elections and Representative Democracy) ist eine Harmonisierung der Datenbestände der großen nationalen Wahlstudien geplant.

⁸ Alle Koeffizienten wurden aus multiplen OLS-Regressionen mit der Wahlwahrscheinlichkeit als abhängiger und insgesamt 13 unabhängigen Variablen ermittelt. Diese unabhängigen Variablen sind: Geschlecht, Alter, Bildung, Ortsgröße, subjektive soziale Schicht — Arbeiterschicht, untere Mittelschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht, Oberschicht —, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Kirchengangshäufigkeit, sowie katholische und protestantische Konfession.

6. Literatur

Beck, U. 1983. „Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungstendenzen und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten.“ In *Soziale Ungleichheiten*, hrsgg. v. Reinhart Kreckel. Göttingen: Vanderhoek und Ruprecht.

Budge, I., I. Crewe und D. Farlie. Hg. 1976. *Party Identification and Beyond*. London: John Wiley.

Campbell, A., P. E. Converse, W. E. Miller und D. E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley.

Crewe, I. und D. Denver. Hg. 1985. *Electoral Change in Western Democracies: Patterns and Sources of Electoral Volatility*. London: Croom Helm.

- Dalton, R. J. 1996. „Political Cleavages, Issues, and Electoral Change.“ In *Comparing Democracies*, hrsgg. von L. LeDuc, R. G. Niemi, und P. Norris. Thousand Oaks: Sage.
- Dalton, R. J., S. Flanagan und P. A. Beck. Hg. 1984. *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?* Princeton: Princeton University Press.
- Evans, G. Hg. 1999. *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Franklin, M. N., T. Mackie und H. Valen. Hg. 1992. *Electoral Change: Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hradil, S. 1987. *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Huntington, S. P. 1974. „Postindustrial Politics: How benign will it be?“ *Comparative Politics* 6:163-91.
- Inglehart, R. 1977. *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Katz, R. und P. Mair. 1995. „Changing models of party organization and party democracy: the emergence of the cartel party.“ *Party Politics* 1:5-28.
- Kirchheimer, O. 1965. „Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems.“ *Politische Vierteljahresschrift* 6:20-41.
- Kleinhenz, T. 1995. *Die Nichtwähler*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lipset, S. M. und S. Rokkan. 1967. *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York. Free Press.
- Mannheim, K. 1964. „Das soziologische Problem der Generationen.“ In *Wissenssoziologie*, hrsgg. v. K. Mannheim. Neuwied: Luchterhand.
- McAllister, I. 1996. „Leaders.“ In *Comparing Democracies*, hrsgg. von L. LeDuc, R. G. Niemi, und P. Norris. Thousand Oaks: Sage.
- Nedelmann, B. 1982. „On the evolutionary aspect of political parties.“ Paper presented to the conference on *The Future of Party Government*. Florence: EUI.
- Neumann, S. Hg. 1956. *Modern Political Parties*. Chicago: University of Chicago Press.
- Oppenhuis, E. 1995. *Voting Behavior in Europe*. Amsterdam: Het Spinhuis.
- Pappi, F. U. 1996. „Reasoning Voters and Multi-party Systems.“ In *The New Handbook of Political Science*, hrsgg. v. R. E. Goodin und H.-D. Klingemann. Oxford: Oxford University Press.
- . 1973. „Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik.“ *Politische Vierteljahresschrift* 14:191-213.
- Sartori, G. 1976. *Parties and Party Systems*. London: Cambridge University Press.
- . 1968. „The Sociology of Parties: A Critical Review.“ In *Party Systems, Party Organizations, and the Politics of the New Masses*, hrsgg. v. O. Stammer. Berlin: Otto Suhr Institut der Freien Universität (mimeo).
- Schmitt, H. 1999. *Der Einfluß politischer Streitfragen auf die Wahlentscheidung und die Effektivität politischer Repräsentation*. Berlin: Freie Universität (mimeo).
- . 1998. „Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz?“ In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*, hrsgg. v. M. Kaase und H.-D. Klingemann. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- . 1987a. *Neue Politik in alten Parteien. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- . 1987b. *Das Parteiensystem der Bundesrepublik – eine politik-soziologische Analyse*. Hagen: Studienbrief der Fernuniversität.
- Tillie, J. 1995. *Party Utility and Voting Behaviour*. Amsterdam: Het Spinhuis.
- Van der Eijk, C., M. N. Franklin und W. van der Brug. 1999. „Policy Preferences and Party Choice.“ *In Political Representation and Legitimacy in the European Union*, hrsgg. v. H. Schmitt und J. Thomassen. Oxford: Oxford University Press.
- Van der Eijk, C. und M. N. Franklin. Hg. 1996. *Choosing Europe*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Wirth, N. 1999. *Soziale Schichten oder Individualisierung? Die aktuelle Diskussion in der deutschen Sozialstrukturanalyse*. http://home.t-online.de/home/nwirth/g_b_classes.html.
- Zelle, C. 1995. *Der Wechselwähler*. Opladen: Westdeutscher Verlag.